



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/162 - 18.7.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Die deutsche Frage auf der Internationale	S. 1
Atomkonferenzen im Osten und im Westen	S. 2
St. Ulrich und Heinrich von Montano	S. 4
Um die Senkung der Zündwarensteuer	S. 5

Annäherung

sp - Die Londoner Tagung der sozialistischen Internationale stand im Schatten der Genfer Konferenz - und die Fragen, die dort zur Beretung stehen, fanden auch ihren Niederschlag in den Vorschlägen und Diskussionen der Internationale. Darüber sind in einem Teil der deutschen Presse irreführende und dem Sachverhalt nicht gerecht werdende Behauptungen erschienen, wie etwa die, die deutsche Sozialdemokraten wären wieder einmal isoliert gewesen und hätten in der Deutschlandfrage von den anderen sozialistischen Parteien stark abweichende Ansichten vertreten.

Kun, selbst wenn das so wäre, wäre dies kein Unglück, es entspricht dem Wesen aller sozialistischen Parteien, dass sie im Rahmen der Grundsätze der Internationale zunächst und in erster Linie als Beauftragte und Sachverwalter die Belange der Länder zu vertreten haben, in denen sie wirken. Die sozialistische Internationale ist keine Botschaftszentrale mit exekutiven Vollmachten, sie ist eine freie Vereinigung von sozialistischen Parteien, die sich zusammengeschlossen haben, um jede auf ihre Weise und den besonderen Bedingungen ihrer Länder für die Verwirklichung der freiheitlich demokratischen Ideen zu kämpfen.

Die Lösung der deutschen Frage beschäftigt und bewegt demnach alle für die Erhaltung und Festigung des Friedens im Atomzeitalter

19.7.1958

sich sorgenden Staatsmänner und Politiker. Sie beherrschte auch die Tagung der Londoner Internationale, die hat nur aus dem Stadium theoretischer Erwägungen in den Bereich praktischer Lösungsmöglichkeiten eingetreten. Alle Parteien der sozialistischen Internationale waren sich darin einig:

Die Wiedervereinigung Deutschlands darf nicht von der Tagesordnung der Weltpolitik verschwinden.

Jeder denkbare Vorschlag, der von Westen oder von Osten gemacht wird, ist einer ernsthafte Prüfung zu unterziehen.

Ein wiedervereinigtes Deutschland soll nicht verpflichtet werden, einem militärischen Bündnis beizutreten.

Es muß seine Entscheidungsfreiheit über seine Teilnahme an der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der UNO behalten.

Es gibt keine Sicherheit für Europa und für die Welt auf der Grundlage eines gespaltenen Deutschlands.

Der Status eines wiedervereinigten Deutschlands muß im Rahmen eines umfassenden Systems der kollektiven Sicherheit so geordnet sein, dass es nicht zu einer Gefahr für den Osten und für den Westen, dass es aber auch keiner Diskriminierung unterworfen wird.

Diese allgemeinen Grundsätze, auf die sich die Vertreter von über 60 Millionen sozialistischer Völker in der Welt geeinigt haben, gehören schon seit langen zum eisernen Bestandteil der außenpolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie. Sie sind im Vergleich zu früheren Deutschland-Diskussionen in der Internationale ein Fortschritt und eine wertvolle Hilfe der deutschen Sozialdemokratie um ein in Freiheit vereinigtes Deutschland. Sie widerlegen das immer wieder aus der Kastenbox hervorgeholte Märchen von der internationalen Isolierung der deutschen Sozialdemokraten.

Atomarer Weltmarkt nach Lagern aufgeteilt

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die beiden großen Machtblöcke, die seit 10 Jahren die Menschheit in Atem und Furcht halten, haben kaum dass es die Weltöffentlichkeit bemerkte, auch schon wieder den atomaren Weltmarkt untereinander aufgeteilt, soweit er sich nicht auf die Atomenergie als tödliche Waffe bezieht. Am 5. Juli begann die Atomkonkurrenz des Ostblocks in Moskau. Im August folgt die entsprechende Konferenz des westlichen Blocks in Genf. Jeder Block bleibt dabei unter sich, und soweit Versuche gemacht wurden, Staaten außerhalb des eigenen Bereichs einzuladen, gab es Ablehnungen.

Die Führungsmächte beider Blöcke haben die Hand auf die Uranvorkommen gelegt; selbst verfügen nämlich beide nicht über eigene Vorräte, obwohl man das von der Sowjetunion nicht ganz genau weiß; in Ostturkestan soll es bereits künftige Felder geben, die abgebaut werden. Die USA haben sich mitten im Kriege das Monopol für Uran gesichert. Als die belgische Exilregierung Geld brauchte, verpachtete sie die Uranfelder vom Kongo auf 10 Jahre zu einem Spottpreis an die USA. Kürzlich wurde der Vertrag verlängert und dahin revidiert, dass Belgien bis 1960 einen zwischen 10 und 20 Prozent schwankenden Anteil des Kongo-Urans erhalten wird. Über den Pachtpreis, den die USA in Zukunft zahlen, schweigen sich beide Seiten aus; übrigens weiß ihn auch das belgische Parlament nicht und schätzt ihn sehr niedrig ein.

Die Monopolstellung der USA

Auf der Basis dieses Kongo-Urans wurde eine monopolarartige Stellung der USA auf dem Weltmarkt geschaffen. Wer sich mit der friedlichen Anwendung der Atomenergie befassen will, muß das Uran bei der "Combined Development Agency" kaufen. Uran allein nützt ihm aber nichts. Der Forschungsvorprung hat es dem USA erlaubt, heute schon über eine Atomausrüstungsindustrie zu verfügen, die als Exporteur aufzutreten vermag. Atom-Heiler und -Sien, Reaktoren, auch ganze Atomkraftwerke können bereits geliefert werden einschließlich der unerlässlichen Fachkenntnisse und des Fachpersonals. Lieferant ist die aus dem Boden wie Pilze nach einem warmen Regen wachsende und im "Atomindustrie-Forum" zusammengeschlossene Atomindustrie, Garant der Exportgeschäfte der amerikanische Präsident, der für jedes dieser Geschäfte die Erlaubnis erteilen muß. Der Umfang dieser Ausrüstungsindustrie wird erheblich, wenn berücksichtigt wird, dass dazu Produktionsstätten für Metall-Legierungen, hitze- und strahlenbeständiger Glaswaren, Pumpen und Luftfilter, Transportbehälter, Bleisiegel, Isoliermaterial, Schutzkleidung, Kontrollapparate usw. gehören.

In den letzten Wochen sind über solche Auslandsieferungen nicht weniger als 9 Verträge mit anderen Staaten abgeschlossen worden: nämlich mit der Schweiz, Brasilien, Israel, Spanien, Italien, Argentinien, Columbien, Libanon und der Türkei. Zur Verwirklichung des

bundesrepublikanischen Energieprogramms, dessen erster Meiler bei Karlsruhe errichtet werden wird, verhandelte Wirtschaftsminister Erhard kürzlich in den USA, ohne den Eindruck zu haben, dass man angesichts der zu erwartenden deutschen Industriaktivität auch auf atomarem Gebiet nun sehr entgegenkommend gewesen wäre. In Fällen anderer Kaufplustigen scheint man in den USA weniger zurückhaltend zu sein, da Konkurrenzfurcht bei ihnen ausscheidet. Anders wäre es bei einer bundesrepublikanischen Atomforschung.

Sorge vor britischer Konkurrenz

Anders ist es auch bereits bei England und Frankreich. Nach der Londoner "Financial Times" haben bereits 165 britische Firmen im Rahmen des britischen Atomenergieprogramms Regierungsaufträge erhalten. So baut Rolls Royce Reaktoren für Flugzeuge. Die Sorge vor der britischen Konkurrenz zeichnete sich auch im Atom-Abkommen zwischen den USA und England ab. Nicht nur ist darin vereinbart worden, dass beide Länder ohne gegenseitigen Gedankenaustausch die Produktion von Atomwaffen getrennt voneinander betreiben. Während England im Bau von Atomkraftwerken am weitesten vorangekommen ist, in der Konstruktion von transportablen Reaktoren aber noch hinter den USA steht, soll der Erfahrungsaustausch zwischen den beiden befreundeten Ländern hauptsächlich die Kraftwerke betreffen; die Erkenntnisse über Reaktoren will die amerikanische Atomforschung und-industrie für sich behalten, weil angeblich militärische Geheimnisse auf dem Spiele stehen.

Frankreich benötigt 100 Milliarden

Als einziges westeuropäisches Land verfügt Frankreich über eigene Uranvorkommen. Sie werden mit Energie abgebaut und aus ihrem Uranium 238 zu Plutonium verarbeitet, sobald die beiden größeren Atomkraftwerke bei Trignon in Betrieb genommen sind. Frankreich verfügt über eine staatliche Atomkommission, erfahrene Kernphysiker und -techniker, ist sich aber klar, dass ungeheure Mittel dazu gehören, um eine Atommacht zu werden. Sein Ziel ist, Ende 1957 50 kg Plutonium produzieren zu können. Dazu wären aber 100 Milliarden Francs nötig, die das Parlament bisher verweigert, wie überhaupt viel Kapital - die amerikanische Industrie will in den nächsten 10 Jahren 7,5 Dollarsmilliarden investieren - die Voraussetzung sichtbarer Fortschritte in der industriellen Verwertung der atomaren Energie ist. Solange die französischen Kernphysiker wegen Geldmangels auf der Stelle treten müssen, sind sie keine Konkurrenz für das amerikanische Monopol, das bisher nur von England her gefährdet sein könnte. Die 6 kg U 235, die den schon genannten neun Staaten geliefert werden, spielen in dieser Beziehung überhaupt keine Rolle, so dass die wache Aufmerksamkeit des Atomic Industrial Forum auf England, Frankreich und eventuell die Bundesrepublik beschränkt bleiben wird. Der harte Wettbewerbskampf wird unmittelbar nach der Genfer Atomkonferenz beginnen; denn dort stellen die atomaren Mächte erstmalig die bisherigen Ergebnisse ihrer Ausrüstungen und Produktionen aus.

Genfer "Atom-Salon"

Dortin ist darum auch der Osten, auf die Sowjetunion zunächst beschränkt, obwohl in Ostblock ähnliche Abkommen bereits abgeschlossen wurden wie zwischen den USA und den unbedeutenden Atommächten, gar nicht erst eingeladen worden. Wenn der Genfer Atom-"Salon" seine Tore öffnet, wird die Genfer Konferenz der Großen Vier vorüber sein. Auch sie geht das Atomproblem, und nicht nur militärisch, an. Denn die mitteldeutschen Uranvorkommen sind es, durch die die UdSSR überhaupt möglich ist, den atomaren Wettkampf durchzuhalten. So ist das Problem der deutschen Wiedervereinigung eng mit dem militärischen und zivilen Urankrieg, der längst ausgebrochen ist, unlösbar verbunden. -4-

18.7.1955

Die Mystik in der Außenpolitik

RAP. Seit kurzem haben wir einen hauptberuflichen Außenminister; vorher erledigte der Bundeskanzler die Außenpolitik nebenbei und sie war danach. Ein Fortschritt in der Qualität ist noch nicht festzustellen; ganz deutlich ist zu sehen, dass Dr. Heinrich von Brentano seine Lehrzeit erst begonnen hat.

Wenige Tage vor der Genfer Konferenz hat der neue Außenminister eine Rede bei der Schlussfeier der St.-Ulrichs-Festwoche in Augsburg gehalten. Sie fand als Anlass der Tausendjahrfeier der Kapitulation auf dem Reichfeld statt, in der Kaiser Otto I., der Große, am 10. August 955 die eingefallenen Ungarn zurückgeschlagen hatte. Die Rede kann im offiziellen BUNDTIN des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 26 vom 14. Juli 1955, nachgelesen werden; sie ist erschütternd. Sie ist ein Beispiel dafür, dass man in Deutschland noch immer mystifizierende Geschichtsklitterung mit Außenpolitik verwechselt.

Herr von Brentano fand "überraschender, ja erschreckender Ähnlichkeit" zwischen den Vorgängen vor 1000 Jahren und der Gegenwart. Er beschwor wieder einmal das "Abendland" des ewigen deutschen Gymnasiallehrers, er redete von "heidnischen Kriesscharen des Ostens" (Lava) und von "Massen des Ostens" (Route), die uns mit dem "neuen Identikum des weltlichen Fanatismus" bedrohen. Dieser "Osten" ist in der Fantasie des Außenministers offenbar der dunkle Gegensatz zum hellen "Abendland", und es ist gleichgültig, um welche Völker in welcher Epoche der Geschichte und um welche politischen Formen es sich jeweils handelt. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland vergaß, dass die politisierte Mystik des Nazireiches die Völker des "Ostens" so gründlich provozierte, dass die tausend Jahre der deutschen Geschichte, die zwischen 955 und 1955 liegen, ungetan gemacht wurden. Und gerade jetzt in Bonn geht es auch darum, wenigstens einen Teil des Ergebnisses dieser geschichtlichen Entwicklung zu räumen.

Der Privatmann von Brentano ist in der Wahl seiner Terminologie frei; in Augsburg aber sprach der Außenminister der Bundesrepublik

13.7.1955

Deutschland. Der bundesdeutsche Außenminister hat die Interessen des Katholischen wie des evangelischen und des dissidentischen, vor allem aber des Deutschland hiessseits und d. jenseits der Elbe zu beachten. Dieses Interesse hat die in Augsburg gebrauchte Terminologie geschadet. Der Außenminister hatte in Augsburg nicht die Aufgabe, subjektiv ideologisch gefärbten Geschichtsunterricht zu geben. Ein Außenminister hat auf seine Worte und auf ihre mögliche Wirkung zu achten.

Die Parallelen, von denen Dr. von Brentano in Augsburg gesprochen hat, liegen in der immer wieder auftretenden Neigung, aus einer realistischen Außenpolitik in eine nationalistische, rassistische, religiöse oder sonstige gearbete Mystik zu flüchten. Die Parallelen des Herrn von Brentano erinnern an den "Völker Europas, wahrst Eure heiligsten Miter", jenes unseligen letzten Wahnwort auf dem deutschen Kaiserthron. Wegen eines außenpolitisch ungeschickten Telegramms dieses kaiserlichen Hohenzollern an den "Daily Telegraph" hatte sich im Jahre 1907 der deutsche Reichstag von links bis rechts, hatte sich die deutsche Presse und die Öffentlichkeit empört. Während des nationalsozialistischen Interregnums durfte sich niemand in Deutschland bei Strafe des Todes empören. Die außenpolitisch unmögliche Rede des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland bleibt bei Presse und Öffentlichkeit unbeachtet. Das ist bedrückend für den Beobachter des politischen Lebens in der Bundesrepublik, wie wird jedoch kaum unbeachtet bleiben von jenen, an die und gegen die sie gerichtet war.

* * *

Das Mädchen von den Schwefelhölzern

Fb. Wer kennt sie nicht, die rührende Geschichte von dem Mädchen mit den Schwefelhölzern, das an einem bitterkalten Tag mit zitternder Stimme den vorübergehenden reichen Damen und Herren ihre Schwefelhölzchen anbot? Herzlos gingen sie alle an dem kleinen Mädchen vorüber, bis dann endlich das große Glück kam.

Lang, lang ist es her, und heute würde das kleine Mädchen gar nicht auf die Idee kommen können, mit Schwefelhölzchen zu handeln,

18.7.1953

Wenn auf der 10 Pf.-Schachtel, die einen Herstellungspreis von etwa 2,2 Dpfg. hat, liegen 6,1 Dpfg. fiskalische Belastungen, mit einem Pfennig kann man die Großhandelsspanne ansetzen, so dass dem kleinen Mädchen pro Schachtel ein Verdienst von 0,7 Dpfg. bliebe, und auch dafür müsste sie dann noch Umsatzsteuer zahlen.

Leider leben wir heute auch nicht mehr in den Zeiten, in denen eine gute Fee diese Zustände ändern könnte. Die Märchen sind ausgegrünt und nur der Bundestag als Gesetzgeber wäre in der Lage, hier Wandel zu schaffen. Gerade er, oder genauer gesagt, die Regierungsmehrheit in diesem Bundestag, hat in den letzten Jahren alles getan, um die Schwefelblöchen-Geschichte zu einem Trauerspiel parlamentarischer Unzulänglichkeit werden zu lassen.

Es fing im zweiten Bundestag damit an, dass am 18. Juni 1954 die Deutsche Partei eine kleine Anfrage einbrachte, die die Bundsregierung um Auskunft bat, ob sie die Zündwarensteuer wieder senken wolle. Am 6. Juli 1954 sagte der Bundesfinanzminister nein.

Am 17. September 1954 hat die SPD den zweiten Zug. Und gewarnt durch Erfahrungen im ersten Bundestag reichte sie keinen Antrag, sondern sofort einen fix und fertigen Gesetzentwurf ein. Sein Kernstück: die Zündwarensteuer wird von 10 Dpfg. für 100 Stück Streichhölzer auf 1 Dpfg. gesenkt. Praktisch würde das zur Folge haben, dass die Schachtel Haushaltsware im Ladenverkaufspreis sich auf 5 Dpfg. verbilligen würde. Nach der ersten Lesung begannen die Ausschussmühlen zu rattern und immerhin dauerte es bis zum 25. Mai 1955, ehe die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfes vorgenommen werden konnte. Ergebnis: die Mehrheit des Bundestages lehnte den SPD-Gesetzentwurf ab.

Aber wie im Märchen scheint es nun doch so etwas wie ein Gewissen zu geben oder das schlechte Gewissen hat den Regierungsparteien keine Ruhe gelassen. So wurde der ersaute Leser davon in Kenntnis gesetzt, dass in diesen Tagen interfraktionell, d.h. von allen Fraktionen unterschrieben, ein neuer Gesetzentwurf zur Senkung der Zündwarensteuer eingebracht wurde. Dieser Gesetzentwurf gleicht der abgelehnten SPD-Vorlage von September 1954 bis aufs Komma und unterschrieben wurde er auch von den gleichen Regierungsparteien, die ihn Ende Mai des Jahres abgelehnt haben. Der einzige Unterschied ist, dass das Gesetz erst am 1. April 1956 in Kraft treten soll.

So können wir weiter hoffen, dass das Märchen von den Schwefelhölzern im April nächsten Jahres doch ein gutes Ende nehmen wird. Fast hat man allerdings das Gefühl, dass man es den Sozialdemokraten nicht gönnen wollte, die gute Fee für die Verbraucher zu sein. Früher brauchte man für den guten Märchenschluss nur einen Wohltäter mit gutem Herzen und dicker Brieftasche. Heute sind dafür mindestens 50 Ausschusssitzungen, 2 Plenarsitzungen, 6 bis 7 Anträge, ein Parlamentarischungel und einige Tausende Blatt Papier erforderlich.

* * *